

Sorge um Gewalt im Jobcenter

Mitarbeiter im Kreis Segeberg zeigen mit Schweigeminute ihre Solidarität - Beleidigungen an der Tagesordnung

Kreis Segeberg. Alle Welt bekundet öffentlich Anteil nach den Terroranschlägen mit 17 Todesopfern in Paris. Eine Schweigeminute legten gestern Mitarbeiter im Jobcenter Kreis Segeberg ein. Allerdings hieß es dort nicht „Je suis Charlie“, sondern: „Unsere Kollegen sind die Opfer“. Bundesweit aufgerufen hatten drei Gewerkschaften, und rund ein Drittel der 190 Mitarbeiter in den drei Filialen in Bad Segeberg, Kaltenkirchen und Norderstedt nahmen teil.

Von Petra Stöver

„Nicht so ganz passend“ gewählt sei der Termin, räumte Claudia Kunz ein, stellvertretende Bereichsleiterin im Jobcenter in Bad Segeberg. Allerdings sei die Aktion weit vor dem Anschlag auf das Pariser Satiremagazin „Charlie Hebdo“ vorbereitet worden. Und egal, ob der Zeitpunkt nun als

angemessen oder nicht empfunden werde, das Anliegen verdiene Aufmerksamkeit. Beklagt wird zunehmende Gewalt in Jobcentern und Arbeitsagenturen, wie im vorigen Monat in Rothenburg ob der Tauber, als ein Mitarbeiter von einem Mann mit einem Messer attackiert wurde und starb.

So weit ist es im Kreis Segeberg noch nicht gekommen. Doch Beleidigungen und andere verbale Entgleisungen

seien an der Tagesordnung, sagt Stefan Stahl, der stellvertretende Geschäftsführer des Jobcenters. „Es wurde auch schon mal eine Tür eingetreten oder ein Loch in die Wand getreten“, ergänzt Claudia Kunz. Doch „hier im ländlichen Raum sind wir von der tätlichen Bedrohung noch weit weg“. Diese Beobachtung bestätigt die Statistik: 2013 wurden acht Hausverbote ausgesprochen, drei angeordnet und zwei Strafanzeigen

erstattet; im vorigen Jahr gab es acht ausgesprochene und sechs angedrohte Hausverbote sowie drei Strafanzeigen. Die Polizei wurde jeweils wegen Sachbeschädigungen eingeschaltet.

Um die Mitarbeiter vor Angriffen zu schützen, gibt es Alarmsysteme sowie Fluchtwege und andere Maßnahmen, um die Sicherheit zu erhöhen. Von einem Wachdienst oder Sicherheitskontrollen wurde bisher abgesehen. Die



Der Kreispolitiker Rudi G. Beeth (links) bekundete seine Solidarität mit den Jobcenter-Mitarbeitern in Bad Segeberg. Die hatten sich in ihrer Mittagspause in der Wartezone des Bad Segeberger Bürogebäudes zu einer Schweigeminute gegen Gewalt versammelt.

Verwaltung dürfe sich nicht „einigeln“, sagt Stahl; zu einem sozialen Dienstleister gehöre ein offenes Haus.

Seine Solidarität mit den Jobcenter-Mitarbeitern in Bad Segeberg bekundete Rudi G. Beeth, der als SPD-Kreistagsabgeordneter Mitglied der Trägerversammlung des Jobcenters ist. „Wir sind für das Funktionieren des Betriebes hier verantwortlich“, sagte er. Als Beeth mit einigen Beschäftigten über Ursachen diskutierte, wurde betont, dass ins Jobcenter Menschen kämen, die Angst um ihre Zukunft haben, um deren nackte Existenz es geht. Eine zügige Bearbeitung ihrer Anträge könne sehr viel dazu beitragen, das Gewaltpotenzial zu minimieren. Damit die Leute vor Frust nicht ausrasten, müssten wiederum die Angestellten vernünftige Arbeitsbedingungen haben. Ursache der angespannten Situation ist für den Kommunalpolitiker die zehn Jahre zurückliegende Reform der Sozialgesetze. „Und die müssen Sie jetzt ausbaden“, bedauerte Beeth die Jobcenter-Belegschaft.